

Öffentliche Stellungnahme

„Für eine neue und zukunftsfähige EU-Politik gegenüber Kuba“

An den RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

- *Präsidentin Dr. Angela Merkel, Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland*
- *Präsident des Rates der EU Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland*
- *an alle Mitglieder des Rates der EU*

und den Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana

Im Juni 2007 steht turnusmäßig eine Überprüfung des **„Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union betreffend Kuba“** an.

Aufgrund der völkerrechtswidrigen Aktivitäten der US-Regierung gegen Kuba, unterstützt von einzelnen EU-Staaten, steht zu befürchten, dass die derzeitige US-hörige EU-Politik der letzten Jahre gegenüber Kuba über das Jahr 2007 hinaus beibehalten werden soll.

So haben sich bislang weder die Bundesregierung noch die Gremien der EU dafür eingesetzt, die von der überwältigenden Mehrheit der UN-Vollversammlung geforderte Beendigung der US-Blockade gegen Kuba durchzusetzen und erste Maßnahmen gegen die völkerrechtswidrige Politik der USA vorzunehmen. Statt dessen wird die aggressive Außenpolitik der USA von politisch verantwortlichen Personen in einigen EU-Staaten weiterhin mit dem Ziel unterstützt, das Opfer dieser US-betriebenen Subversionsmaßnahmen – also das souveräne Kuba – noch weiter politisch und ökonomisch in die Enge zu treiben. Für demokratisch und humanistisch gesinnte Menschen ist das völlig inakzeptabel.

Die kurzsichtige Politik der deutschen Bundesregierung und der EU gegenüber Kuba muss dringend geändert werden. Das setzt eine andere Sichtweise voraus. Beispielsweise meinte der ehemalige britische Außenminister Brian Wilson am 28. August 2003 in der Zeitung *The Guardian*:

„... Kritik [an Kuba] sollte niemals die Tatsache ignorieren, daß Kubas wichtigster Beitrag für die Welt darin besteht,

den lebendigen Beweis dafür zu liefern, daß es möglich ist, Armut, Krankheiten und Analphabetismus in einem Land zu besiegen, das mit allen dreien mehr als vertraut war. Das ist ein ziemlich großer Nutzen. Und die Tatsache, daß es angesichts anhaltender Feindschaft eines zwanghaft besessenen Nachbarn erreicht wurde, macht alles um so erstaunlicher.“

Unseres Erachtens würde sich ein weiteres Beharren der EU auf ihrem seit 1996 geltenden **„Gemeinsamen Standpunkt“** geostrategisch und geopolitisch als kontraproduktiv auswirken: Seit den letzten Kongresswahlen in den USA zeichnet sich eine außenpolitische Akzentverschiebung ab, die auch einen Wandel in den Beziehungen Washingtons zu seinen lateinamerikanischen und karibischen Nachbarn einläuten dürfte. Ein weiterer Gesichtspunkt ist die seit Jahren zu beobachtende wachsende Zusammenarbeit der lateinamerikanischen und karibischen Staaten, bei der Kuba eine in dieser Region anerkannte konstruktive Rolle spielt. Dass ausgerechnet jetzt die deutsche Politik geneigt erscheint, weiterhin auf US-Präsident Bushs Kurs des politischen und ökonomischen Drucks zu setzen, wird sich vor diesem Hintergrund – auch im Interesse Europas – als kontraproduktiv erweisen: Denn eine auf Verhärtung und auf solchen Druck setzende Politik wird das eigene Ansehen schmälern und die Kooperationsmöglichkeiten für Deutschland – und die gesamte EU – in den meisten Ländern Lateinamerikas und der Karibik auf Jahre hin erschweren oder gar unmöglich machen.

Es ist deshalb an der Zeit, dass die EU eine neue und zukunftsfähige Politik gegenüber Kuba entwickelt und umsetzt:

- Der destruktive **„Gemeinsame Standpunkt der Europäischen Union betreffend Kuba“** aus dem Jahr 1996 muss aufgegeben und statt dessen eine faire und angemessene Basis für die Kuba-Politik der EU entwickelt werden.
- Kuba muss seinen eigenen Entwicklungsweg gehen können, und die sich vor allem in letzter Zeit noch verstärkenden völkerrechtswidrigen Destabilisierungsversuche seitens der US-Administration müssen daher unterbunden werden. Die Mitgliedstaaten der EU halten wir für verpflichtet, sich gegenüber ihrem transatlantischen Partner USA dafür einzusetzen, dass die US-Regierung die UN-Resolutionen zur Beendigung ihrer Blockade-Politik endlich erfüllt.
- Die Sanktionsmaßnahmen der EU gegen Kuba müssen ohne Bedingungen beendet werden. Statt dessen sollte sich die EU um politisch offene und ehrliche Gespräche mit der kubanischen Regierung bemühen.
- Es sollte von der EU anerkannt werden, dass das souveräne Kuba ein Anrecht auf faire und auf sozial-ökologischen Voraussetzungen basierende Handelsbeziehungen hat.

